



5. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1. Vergabe an einen Personaldienstleister zur Personalberatung bei der Kandidatensuche für die Amtsleiterstellen  
*Dez. I, Amt 10*
  - 5.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätten, Hort und die Verwaltung des Eigebetriebes  
*Dez. I, Eigenbetrieb Hanse-Kinder*
  - 5.3. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek  
*Dez. I, Amt 41*
  - 5.4. Annahme einer Spende des Soroptimist International Club Greifswald für die Stadtbibliothek  
*Dez. I, Amt 41*
  - 5.5. Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen zur Begleichung von Nachzahlungen nach Neuberechnung der Abschlagszahlungen für den Schullastenausgleich des Haushaltsjahres 2015 für das Schuljahr 2014/15 und für das Haushaltsjahr 2016 für das Schuljahr 2015/16 für die Schulen in freier Trägerschaft  
*Dez. I, Amt 41*
  - 5.6. Überplanmäßige Auszahlung  
*Dez. II, Amt 23*
  - 5.7. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -;  
Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.8. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße  
*Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Forum 17.4*
  - 5.9. Überarbeitung der Sportförderrichtlinie  
*CDU-Fraktion, interfraktionell angestrebt*
  - 5.10. Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Erwerb unbebauter städtischer Wohnbaugrundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten  
*CDU-Fraktion*
  - 5.11. Förderung junger Familien durch die Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen  
*SPD-Fraktion*
  - 5.12. Elektronische Parktickets  
*Herr Nikolaus Kramer (AfD)*
  - 5.13. Änderungsbeschluss zum Beschluss B439-16/16, Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
*Herr Bernd Lieschefskey, Vorsitzender der OTV Wieck/Ladebow*
  - 5.14. Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHGW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation  
*CDU-Fraktion, interfraktionell angestrebt*
6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters
7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses
8. Mitteilungen der Präsidentin
9. Schluss der Sitzung

## TOP 1. Eröffnung der Sitzung

### Der Oberbürgermeister

. eröffnet die Sitzung des Hauptausschusses, begrüßt die Anwesenden – darunter die Mitglieder des Hauptausschusses – und stellt die Beschlussfähigkeit fest.  
13 Mitglieder des Hauptausschusses sind anwesend.

## TOP 2. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

### Der Oberbürgermeister

. ruft den TOP auf.

. informiert, dass

- es eine nachträgliche Informationsvorlage „Statistik Auftragsvergabe im Rahmen der VOB“ gebe und schlägt die Einordnung unter TOP 5.15 vor.
- das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen in der Vorlage „Änderungsbeschluss zum Beschluss B439-16/16, Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald“ in 0 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen korrigiert worden sei.
- das Abstimmungsergebnis des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft in der Vorlage „Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHGW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation“ korrigiert worden sei. Das bisherige Abstimmungsergebnis gelte für den dort gestellten Geschäftsordnungsantrag. Dieser laute: Die Verwaltung wird um rechtliche Prüfung bis zur Bürgerschaftssitzung gebeten.

### Herr Prof. Dr. Hardtke

. beantragt eine Anhörung der Vertreter des Greifswalder Ruderclubs "HILDA" 1892 e.V. im öffentlichen Teil zum dazugehörigen TOP aus dem nichtöffentlichen Teil.

### Der Oberbürgermeister

. ist damit einverstanden, dass der Ruderclub sich äußere; jedoch müsse dies im nichtöffentlichen Teil erfolgen. Bei einer Diskussion im öffentlichen Teil könnten schnell nichtöffentliche Informationen einfließen.

### Herr Multhauf

. beantragt, einen TOP „Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner“ für diese und die kommenden Sitzungen einzufügen.

. fragt, weshalb die nachträgliche Vorlage „Keine Beförderungsentgeltanpassung im Stadtbusverkehr“ nichtöffentlich sei. **Herr Kruse** schließt sich der Frage an.

### Der Oberbürgermeister

. habe er nichts dagegen, diesen TOP in Zukunft einzufügen, wenn die Fraktionen es wünschen.

### Frau Teetz

. sagt, dass in der Vorlage beabsichtigt sei, als Gesellschafter der Stadtwerke Greifswald GmbH eine Entscheidung in Angelegenheiten eines Unternehmens zu treffen. Es gehe außerdem um betriebswirtschaftliche Kennzahlen, weswegen sie den

Einbringer gebeten habe, die Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil zu behandeln.

Auf Anregung von **Herrn Multhauf** die Beschlussvorlage „Keine Beförderungsentgeltanpassung im Stadtbusverkehr“ in den öffentlichen Teil zu holen, weist **der Oberbürgermeister** darauf hin, dass ein solches Vorgehen nicht möglich sei, da eine vorherige rechtzeitige Bekanntmachung für die Bürger/innen erforderlich sei. Die einzige Möglichkeit diese Vorlage nun wieder öffentlich zu behandeln, bestünde in der Vertagung des Tagesordnungspunktes in die nächste Sitzung.

Herr Dr. Fassbinder lässt über das Einfügen des TOPs „Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner“ für die heutige Sitzung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
8	2	3

**Der Oberbürgermeister** ordnet diesen unter TOP 2.1 ein.

#### **Frau Socher**

. weist darauf hin, dass die Bürger im Vorfeld nicht wissen konnten, dass dieser TOP heute eingefügt werde.

#### **Der Oberbürgermeister**

- . lässt nach kurzer Beratung den Antrag von Herrn Prof. Dr. Hardtke auf Anhörung des Ruderclubs zu.
- . weist jedoch ausdrücklich darauf hin, dass er – sobald nichtöffentliche Informationen zur Sprache kommen sollten – sofort einschreiten werde.
- . lässt über diesen Antrag abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
7	5	1

#### **Herr Dr. Fassbinder**

- . ordnet dies unter Top 5.0 ein.
- . lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	2	1

### **TOP 2.1. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

#### **Frau Kagel**

- . informiert darüber, dass der Schulneubau der Erwin-Fischer-Schule gut voranschreite. Es gebe keine Mehrausgaben. Es seien jedoch noch nicht alle Kriterien umgesetzt worden, die zu einer modernen Schule gehören sollten. Das bedeute zum Beispiel konkret, dass nicht alle Räume mit interaktiven Tafeln ausgestattet worden seien.
- . bittet, dass die übrigen finanziellen Mittel für die moderne Ausstattung aller Räume mit interaktiven Tafeln genutzt werde.

### **TOP 3. Bestätigung der Niederschrift vom 19.03.2018**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

#### **Herr Multhauf**

- . bittet um zwei Ergänzungen:

- Seite 7 – Redebeitrag von Herrn Multhauf ergänzen um:  
„. macht auf die Mensa am Schießwall aufmerksam, die fast alle genannten Kriterien erfüllt.“
- Seite 8 – TOP 5.3 Redebeitrag von Herrn Multhauf ergänzen:  
**„Herr Multhauf**  
. kritisiert diese Beschlussvorlage.“

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Änderung auf Seite 7 abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	3	0	mehrheitlich

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Änderung auf Seite 8 abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	2	1	mehrheitlich

Herr Dr. Fassbinder lässt über die geänderte Niederschrift abstimmen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	2

#### TOP 4. **Beschlusskontrolle**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

##### **Herr Multhauf**

. weist darauf hin, dass in der Lomonossowallee Ausgleichsflächen zur Pflanzung von Bäumen vorhanden seien, sodass die Umwandlung der Straße in eine Allee ermöglicht werde.

. fragt nach einem aktuellen Stand zum Theater.

##### **Herr Kremer**

. sagt, dass alle Planungsaufträge erledigt seien. Die Architekten seien beauftragt und die Planungen hätten begonnen. Die ersten zwei Planungsrunden seien ebenfalls durchgeführt worden, sodass in der nächsten Zeit die ersten Ergebnisse zu erwarten seien.

#### TOP 5.0 **Anhörung des Greifswalder Ruderclubs "HILDA" 1892 e.V.**

##### **Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.

. weist noch einmal darauf hin, dass keine nichtöffentlichen Informationen zur Sprache kommen dürften.

##### **Frau Wienrich** (Vorsitzende des Greifswalder Ruderclubs "HILDA" 1892 e.V.)

. sagt, dass auf Wunsch des Ruderclubs kurzfristig am 20.04.2018 ein Gesprächstermin mit Herrn Maas, Herrn Kremer und Frau Burgas aus der Stadtverwaltung stattgefunden habe.

Der Verein stehe keiner Veränderung im Wege, jedoch sollten die Vereinsinteressen gewahrt bleiben.

. wünscht sich eine faire Behandlung in der Beschlussfassung und die Möglichkeit auf eine langfristige Pachtung.

**Herr Labudde (Kassenwart)**

- . macht darauf aufmerksam, dass im Verein ehrenamtliche Mitarbeiter seien. Durch die Kurzfristigkeit der Termine falle es dem Verein sehr schwer, vernünftig agieren zu können.
- . bittet daher, zukünftig die Betroffenen früher einzubinden.

**Der Oberbürgermeister**

- . sagt, dass der Verein nicht nur sportlich, sondern auch städtebaulich für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald sehr wichtig sei. Das Bootshaus sei ein Schmuckstück am Museumshafen und es werde sicher niemand auf die Idee kommen, dieses Grundstück zu beschränken oder den Verein vertreiben zu wollen. Auch die Idee der touristischen Nutzung passe sehr gut in die Vorstellungen der Verwaltung. Das vom Verein gepachtete städtische Grundstück liege in einem B-Plan, der dort touristische Nutzung und Bebauung vorsehe.
- In der Vorlage wolle sich die Verwaltung die Erlaubnis vom Hauptausschuss holen, mit dem Ruderclub einen langfristigen Pachtvertrag abzuschließen.

**Herr Krüger**

- . fragt, ob er es richtig verstanden habe, dass der Verein sich einen langfristigen bzw. eine Integration in den bestehenden Pachtvertrag wünsche, um das Grundstück entwickeln zu können.
- . möchte daher folgendes wissen: Wenn dieser Fall eintreten würde, könnte der Verein das in Rede stehende Grundstück abgeben. Ist das korrekt?

**Frau Wienrich**

- . bestätigt dies.
- . sagt, dass der Ruderclub einen bestehenden Pachtvertrag habe. Wenn öffentliches Interesse bestünde, hätte die Stadt das Recht auf die Fläche.

**Der Oberbürgermeister**

- . weist darauf hin, dass nicht weiter über Vertragsdetails gesprochen werden dürfe.
- . macht auf Anregung von Herr von Malottki darauf aufmerksam, dass die Vertreter des Ruderclubs HILDA zwar im nichtöffentlichen Teil Rederecht erhalten können, jedoch nicht der Diskussion beiwohnen dürfen.

**Herr Multhauf**

- . fragt, ob es richtig sei, dass ein 25-jähriger Pachtvertrag nicht ausreichend sei.

**Frau Wienrich**

- . antwortet, dass sie einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren ab dem Tag der Antragstellung beim Landessportbund (LSB) benötige, um für eine Förderung berechtigt zu sein.

**Herr Prof. Dr. Hardtke**

- . möchte wissen, ob es korrekt sei, dass der Verein 1000 m<sup>2</sup> von bisher 3000 m<sup>2</sup> geben würde, wenn dafür die verbleibende Fläche zu anderen Konditionen verpachtet werde.

Dies wird bestätigt.

**TOP 5. Diskussion von Beschlussvorlagen**

**TOP 5.1. Vergabe an einen Personaldienstleister zur Personalberatung bei der Kandidatensuche für die Amtsleiterstellen**

06/1443

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Der Hauptausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis:

*„Die Universitäts- und Hansestadt Greifswald vergibt die Leistung der Kandidatensuche für die Stellen Amtsleiterin/Amtsleiter Rechtsamt und Tiefbau- und Grünflächenamt an einen Personaldienstleister.“*

Eine Abstimmung dazu ist erfolgt – wäre jedoch nicht erforderlich gewesen:

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	mehrheitlich	0	1

*Herr Dr. Meyer und Herr Prof. Hardtke sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.*

**TOP 5.2. Annahme einer Spende für die Kindertagesstätten, Hort und die Verwaltung des Eigenbetriebes**

06/1409

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme von Sachspenden im Wert von 24.732,55 € vom „Förderverein Pommersche Heimat e.V.“ für die Kindertagesstätten, Horte und die Verwaltung des Eigenbetriebes „Hanse-Kinder“.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Herr Dr. Meyer und Herr Prof. Hardtke sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.*

**TOP 5.3. Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek**

06/1407  
HA-286/18

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende des Fördervereins Greifswald e.V. für die Stadtbibliothek in Höhe von 1.000,- EUR.“*

Ergebnis:	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
	einstimmig	0	0

*Herr Dr. Meyer und Herr Prof. Hardtke sind zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.*

**TOP 5.4. Annahme einer Spende des Soroptimist International Club Greifswald für die Stadtbibliothek**

06/1408  
HA-287/18

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

Es gibt keinen Diskussionsbedarf.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme einer Spende in Höhe von 800,- EUR vom Soroptimist International Club Greifswald für die Stadtbibliothek.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.5. Überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen zur Begleichung von Nachzahlungen nach Neuberechnung der Abschlagszahlungen für den Schullastenausgleich des Haushaltsjahres 2015 für das Schuljahr 2014/15 und für das Haushaltsjahr 2016 für das Schuljahr 2015/16 für die Schulen in freier Trägerschaft**

06/1436  
HA-288/18

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Multhauf**

. kritisiert, dass er erst jetzt erfahre, dass 2015 und 2016 ca. 120 TEUR nicht ausgegeben worden seien.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass dies bereits aus den vorläufigen Jahresabschlüssen ersichtlich sei.

Herr Dr. Fassbinder lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

*„Der Hauptausschuss bestätigt die überplanmäßige Aufwendungen/ Auszahlungen zur Begleichung von Nachzahlungen in Höhe von 61.527 € zur Zahlung von Abschlägen auf Schulkostenbeiträge des Haushaltsjahres 2015 für das Schuljahr 2014/15 und 60.092 € zur Zahlung von Abschlägen auf Schulkostenbeiträge des Haushaltsjahres 2016 für das Schuljahr 2015/16 an die Schulen in freier Trägerschaft in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Beschulung von Schülern mit Wohnort Greifswald.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	0	1

**TOP 5.6. Überplanmäßige Auszahlung**

06/1430 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr von Malottki**

. berichtet, dass der Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft die Verwaltung bitte, den Projektlenkungsausschuss vor der Sitzung der Bürgerschaft am 24.05.2018 tagen zu lassen. Hintergrund sei die Notwendigkeit der Mittel für die Ausstattung der Erwin-Fischer-Schule.

. könne in der Sitzung der Bürgerschaft dieser Vorlage nicht zustimmen, wenn die Angelegenheit mit der Fischer-Schule nicht vorher geklärt werden könne.

. fragt, ob es schon ein Meinungsbild der Verwaltung dazu gebe.

**Der Oberbürgermeister**

. antwortet, dass es vor der Sitzung der Bürgerschaft keine Sitzung des Projektlenkungsausschusses geben werde. Danach sei allerdings eine Sitzung geplant. Die Terminfindung gestalte sich aber schwierig, da sehr viele Personen an diesem Ausschuss beteiligt seien.

**Herr Krüger**

. berichtet aus dem Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen, dass Gelder zur Verfügung ständen und dadurch realisiert werden solle, dass die

interaktiven Tafeln in der Erwin-Fischer-Schule angebracht werden. Wenn dies nicht umgesetzt werden könne, werde ein Signal der Verwaltung benötigt und dann müsse die Vorlage entsprechend angepasst werden.

**Herr Kremer**

- . weiß nicht, wie viel die interaktiven Tafeln kosten würden.
- . habe im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen berichtet, dass noch 100 bis 150 TEUR zur Verfügung ständen.

**Frau Socher**

- . weist darauf hin, dass viele Baumaßnahmen geplant seien und man nun immer häufiger feststellen müsse, dass die Kosten nicht den Planungen entsprächen. Jedoch sei auch bekannt, dass die Schulen und Sporthallen gebraucht werden.
- . würde es daher befürworten, dass das übrige Geld dafür verwendet werde. Das bedeutet aber nicht, dass die Schule nicht mit Tafeln ausgestattet werden solle, sondern sobald wieder Geld zur Verfügung stünde, werden diese nachgerüstet.

**Frau von Busse**

- . sagt, dass in jedem Raum Tafeln vorhanden seien. Derzeit gebe es Whiteboards und digitale Tafeln. Nun bestünde der Wunsch, alle Räume mit digitalen Tafeln auszustatten. Wie viele Mehrkosten dadurch entstünden, könne sie nicht sagen.

**Herr von Malottki**

- . beantragt Rederecht für Frau Kagel.

**Der Oberbürgermeister**

- . weist darauf hin, dass darüber debattiert werde, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werde und nicht, ob die Gelder bereitgestellt werden.

**Frau Kagel**

- . macht darauf aufmerksam, dass in den Schulen in Mecklenburg-Vorpommern das Fach Medienkunde in den nächsten Jahren eingeführt werden solle. Dazu würden auch interaktive Tafeln gehören. Und derzeit stehe das Geld zur Verfügung.

**Der Oberbürgermeister**

- . weist darauf hin, dass das Geld derzeit insgesamt im Haushalt definitiv nicht ausreiche, da die Kosten der Baumaßnahmen explodieren würden.

**Frau Kagel**

- . gibt dem Oberbürgermeister recht. Dennoch werde der Neubau der Integrierten Gesamtschule Erwin Fischer nicht teurer.

**Der Oberbürgermeister**

- . sagt, dass dieser Neubau aber keinen eigenen Geldbeutel habe und daher das Geld auch für andere Bauprojekte genutzt werden könne.
- . schlägt vor, dass die Verwaltung die Informationen bis zur Sitzung der Bürgerschaft zusammenstelle, wie viel Mittel für die Erwin-Fischer-Schule vorgesehen seien, welche Summe fehle und welche Kosten die interaktiven Tafeln mit sich bringen würden. Dann könne die Bürgerschaft darüber entscheiden, ob sie der Beschlussvorlage zustimme oder ob eine andere Lösung gefunden werden müsse.

**Herr Multhauf**

- . wird gegen die Beschlussvorlage stimmen.
- . kritisiert, dass der Titel nicht ausreichend Aufschluss über den Inhalt gebe. Aus diesem Grund sei die Beschlussvorlage auch nicht im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft behandelt worden.

- . berichtet, dass auch die Mitglieder der Ortsteilvertretung Schönwalde I und Südstadt sich gegen die Verwendung der finanziellen Mittel der Erwin-Fischer-Schule für andere Bauprojekte aussprechen.
- . fragt, seit wann bekannt sei, dass die Sporthalle an der Caspar-David-Friedrich-Schule teurer werde.
- . befürchtet, dass die 10 TEUR Fördermittel für die Erwin-Fischer-Schule möglicherweise teilweise wieder zurückgezahlt werden müssen, wenn bekannt werde, dass so viele Gelder übrig geblieben seien und für andere Bauprojekte genutzt werden.

**Der Oberbürgermeister**

- . weist erneut darauf hin, dass es hierbei um die Caspar-David-Friedrich-Schule gehe und ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt werde.

**Herr Multhauf**

- . sagt, dass in der Beschlussvorlage stehe, dass 95 Prozent der Erwin-Fischer-Schule fertiggestellt seien.
- . möchte wissen, um welche Summe es sich bei den restlichen 5 Prozent handle und welche Gewerke noch ausgeschrieben werden müssen.

**Der Oberbürgermeister**

- . macht grundsätzlich die Anmerkung, dass man sich in Zukunft noch auf ganz andere, viel höhere Zahlen einstellen müsse, wenn die Kosten weiter so explodierten.

**Herr Krüger**

- . bittet Herrn Multhauf, seine Fragen an die Verwaltung schriftlich zu formulieren, damit er die Antworten rechtzeitig zur Bürgerschaft vorliegen habe.
- Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen seien bereits vor zwei Sitzungen darüber informiert worden, dass die Bauvorhaben teurer werden.
- . findet es nicht gut, wenn nun das Geld für die Sporthalle, die dringend benötigt werde, verweigert werde.

**Herr Hochschild**

- . bittet darum, über die Beschlussvorlage abzustimmen und die Verquickung mit den Tafeln zu unterlassen.
- Es könne nicht das Ziel sein, die Sporthalle unfertig bestehen zu lassen. Daher sollte man das Geld von der Erwin-Fischer-Schule nehmen und hinterher nach einer Lösung für die Tafeln suchen.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft genehmigt gem. Hauptsatzung der UHGW sowie Dienstanweisung 20-8 die überplanmäßige Auszahlung von 500.000,- EUR für die Investitionsbaumaßnahme Neubau einer 2-Feld-Halle an der Caspar-David-Friedrich Schule.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
mehrheitlich	1	1

**TOP 5.7. 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 - Grimmer Straße -; Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss**

06/1400

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr König**

- . sagt, dass es zur Nachfrage aus dem Ausschuss für Bauwesen, Umwelt, Infrastruktur

und öffentliche Ordnung zu den Ersatzpflanzungen der sechs Bäume mit dem erheblichen Stammumfang in der heutigen Sitzung eine Antwort geben sollte.

**Herr Kaiser**

. antwortet, dass sich der Kompensationsbedarf der zu fällenden Bäume aus dem Baumschutzkompensationserlass vom 18.10.2007 ergebe. Da sei geregelt, dass die Kompensation nach einem bestimmten Stammumfang erfolge. Bei einem Stammumfang zwischen 0,50 m und 1,50 m das Kompensationsverhältnis 1:1 sei. Bei einem Stammumfang von 1,50 m bis 2,50 m sei das Verhältnis 1:2 und darüber hinaus 1:3. Da alle sechs Stämme einen Umfang zwischen 0,50 m und 1,50 m hätten, müssten sie 1:1 kompensiert werden.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt wird:

*„Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – wie folgt:*

1. *Der Bebauungsplan Nr. 65 – Grimmer Straße – soll gemäß § 2 Absatz 1 und § 1 Absatz 8 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung geändert werden.  
Ziel ist es, die beabsichtigte Weiterentwicklung des KITA- Standortes an der Grimmer Straße planungsrechtlich vorzubereiten und zu sichern*
2. *Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.*
3. *Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.*
4. *Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.*
5. *Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – (Anlage 1) sowie dessen Begründung (Anlage 2) sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 2, Absatz 3 Satz 1 und § 3 Absatz 2 BauGB öffentlich auszulegen.*

*Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i. V. m. § 13 Absatz 2 Nr. 3, Absatz 3 und § 4 Absatz 2 BauGB zu dem v. g. Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – einschließlich Begründung zu beteiligen.*

*Die öffentliche Auslegung des Entwurfs der 2. Änderung des Bebauungsplans Nr. 65 – Grimmer Straße – und dessen Begründung ist ortsüblich bekanntzumachen.“*

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
einstimmig	0	0

**TOP 5.8. Prüfauftrag zur Umwidmung des Teilstückes der Warschauer Straße zum Hort Kunterbunt und zur Pestalozzischule in eine Spielstraße**

06/1379

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.9. Überarbeitung der Sportförderrichtlinie**

06/1415

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.10. Richtlinie zur Förderung junger Familien durch Gewährung von Preisnachlässen beim Erwerb unbebauter städtischer Wohnbaugrundstücke innerhalb von Bebauungsgebieten**  
06/1416

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.11. Förderung junger Familien durch die Gewährung von Preisnachlässen bei Grundstückskäufen**  
06/1417

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.12. Elektronische Parktickets**

06/1429 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.  
Es gibt keinen Diskussionsbedarf.  
Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.13. Änderungsbeschluss zum Beschluss B439-16/16, Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Klassifizierung für die Abrechnung der Straßenbaumaßnahme von Straßen im Ortsteil Ladebow, Bereich Flugplatzsiedlung nach der Straßenbaubeitragssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald**  
06/1435

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Herr Dr. Kerath**

. erklärt, dass es im Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften und Beteiligungen die Aussage gegeben habe, dass diese Beschlussvorlage rechtlich nicht zulässig sei.  
. bittet, die Antragsteller darauf hinzuweisen.

**Herr Kaiser**

. antwortet, dass dies bereits in einem Gespräch mit der Ortsteilvertretung erfolgt sei. Dieses habe sie jedoch nicht davon abgehalten, diese Beschlussvorlage zu formulieren.

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.14. Verpflichtung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald, aller bürgerschaftlichen Gremien, der Vertreter der Stadt sowie der städtischen Gesellschaften, in welchen die UHGW eine bestimmende Gesellschafterstellung mit mehr als 50% der Gesellschaftsanteile inne hat, zur weiteren Verwendung der Bezeichnung „Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald“ in offiziellen Verlautbarungen sowie der Kommunikation**  
06/1441

**Der Oberbürgermeister**

. ruft den TOP auf.  
. erklärt, dass die vom Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft gewünschte rechtliche Prüfung durch eigene Kräfte der Stadtverwaltung nicht umgesetzt werden könne. Jedoch könne die Verwaltung das Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern um eine rechtliche Stellungnahme bitten.

**Frau Socher**

. informiert, dass am 17.05.2018 der Senat der Ernst-Moritz-Arndt-Universität tagte. In dieser Sitzung solle geregelt werden, wie mit dem Namenszusatz umgegangen werden solle.

**Herr von Malottki**

. berichtet, dass im Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft Herr Jenssen mitgeteilt habe, dass die Entscheidung noch länger dauern werde. Der Ausschuss für Bildung, Universität und Wissenschaft wolle ganz klar vor der Entscheidung eine rechtliche Einschätzung haben.

**Herr Dr. Steffens**

. sagt, dass das Vorgehen des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft recht ungewöhnlich sei, da es sich um eine Fraktionsvorlage handle, die in die Bürgerschaft zu gehen habe. Wenn es rechtliche Bedenken geben sollte, sei es die Aufgabe des Oberbürgermeisters, den gefassten Beschluss zu beanstanden.

Herr Dr. Fassbinder lässt darüber abstimmen, ob vom Ministerium für Inneres und Europa Mecklenburg-Vorpommern im Vorfeld eine Rechtsauffassung eingeholt werden solle:

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	6	1

Die Beschlussvorlage wird auf die Tagesordnung der Bürgerschaft gesetzt.

**TOP 5.15 Statistik Auftragsvergabe im Rahmen der VOB**

06/1450 Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

**Frau von Busse**

. sei es wichtig gewesen, diese Beschlussvorlage als Informationsvorlage in den Hauptausschuss zu geben, um aufzuzeigen, in welchem Volumen die Auftragsvergaben 2017 erfolgt seien.

**Frau Socher**

. sagt, dass es immer wieder die Auffassung gebe, dass die Aufträge nicht in der Region vergeben werden würden. Man dürfe jedoch nicht vergessen, dass es ab einer bestimmten Größenordnung die Pflicht gebe, europaweite Ausschreibungen durchzuführen.

. fragt, welche Möglichkeiten es gebe, solche großen Vergaben zu splitten, damit die Vergaben in der Region bleiben könnten.

**Frau von Busse**

. antwortet, dass nach ihrem Kenntnisstand die Aufträge in entsprechende Lose aufgeteilt werden müssten. Jedoch überschritten auch die Lose die Vergabehöhen teilweise. Etwa ein Fünftel der Aufträge würden in der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vergeben und wiederum ein Fünftel verbleibe im Landkreis Vorpommern-Greifswald.

Die Vergaben, die wirklich weit weggegangen seien, seien Sonderaufgaben wie beispielsweise Schulausstattung. Die Bauleistungen seien überwiegend in Mecklenburg-Vorpommern vergeben worden.

**Der Oberbürgermeister**

. ergänzt, dass nach dem wirtschaftlichsten Angebot gesucht werde und dabei durchaus Punkte wie Vorortservice, Vorortbetreuung oder Ähnliches einfließen.

Der Hauptausschuss hat diese Beschlussvorlage zur Kenntnis genommen:

*„Der Hauptausschuss wird über die Statistik der nationalen und europaweiten Vergaben von Bauaufträgen für das Jahr 2017 informiert.“*

## **TOP 6. Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

### **Der Oberbürgermeister**

. informiert, dass es derzeit Diskussionen zur Grundsteuer gebe. Ein großer Anteil der städtischen Einnahmen beruhe auf den Grundsteuern.

Sollte die Grundsteuer komplett entfallen, müsse die Stadt weitersehen. Außerdem blieben die Haushaltsplanungen in einer gewissen Unschärfe, solange man nicht wisse, wie die weitere Vorgehensweise sein werde.

### **Frau von Busse**

. geht auf den Beschluss zum Bürgerentscheid aus der letzten Sitzung der Bürgerschaft ein. Es seien kurzfristige Entscheidungen notwendig gewesen, um eine Veröffentlichung inklusive der vorgeschriebenen Stellungnahmen im Stadtblatt vornehmen zu können. Bei der Vorbereitung der Stellungnahme der Verwaltung sei aufgefallen, dass gegenüber den vorherigen Beschlüssen über den möglichen Verkauf bzw. Erbbaupachtverträgen nicht nur Teilflächen bestimmter Flurstücke angegeben worden seien, sondern teilweise die gesamten Flurstücke. Darunter falle ein Teil der Grünfläche, welche bereits an den Ruderclub HILDA verpachtet sei. Die Verwaltung vertrete in der Stellungnahme daher die Auffassung, dass man davon ausgehe, dass der Bürgerentscheid nicht dieses bestehende Pachtverhältnis in Frage stelle, sondern sich auf den übrigen Teil der Grünfläche beziehe.

. informiert, dass seit heute ein Grundstück für eine Kindertagesstätte im Bereich der Siemensallee ausgeschrieben sei. Aufgrund der vielen Interessenten habe man sich zu einer öffentlichen Ausschreibung entschieden. Die Vergabe werde nach der Anzahl der Kindertagesstätten- und Krippenplätze und dem Betreiberkonzept erfolgen. Es sei eine kürzere Ausschreibungsfrist mit dem Landkreis vereinbart worden, sodass bis Ende Juni die Angebote eingehen können und es dem Landkreis möglich sei, nachträglich noch eine Stellungnahme zur Verträglichkeit der Anzahl der geschaffenen Plätze mit dem städtischen Bedarf nachzureichen.

. berichtet, dass die Greifswalder Feuerwehr, der Feuerwehr in Mesekehagen ausgeholfen habe. Mesekehagen stelle für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald im großen Teil den ersten Löschangriff auf den Riems bzw. Riemser Ort zur Verfügung. Das dort vorhandene Feuerwehrfahrzeug habe nicht mehr die Zulassung erhalten und dürfe daher nicht mehr ausrücken. Dies hätte für die Universitäts- und Hansestadt Greifswald die Folge, dass der Brandschutzplan nicht mehr ordnungsgemäß durchführbar gewesen wäre. Durch Umorganisation in der Greifswalder Feuerwehr habe man es geschafft, der Feuerwehr in Mesekehagen ein Tanklöschfahrzeug leihweise zur Verfügung zu stellen, bis eine Ersatzbeschaffung möglich sei, die in diesem Jahr noch erfolgen solle.

## **TOP 7. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Hauptausschusses**

Der Oberbürgermeister ruft den TOP auf.

### **Herr von Malottki**

. befürwortet das Verfahren der Verwaltung zum Bürgerentscheid.

. möchte diesbezüglich wissen, ob die Aushänge zu den betroffenen Flächen am Museumshafen in den Wahllokalen möglich seien, wie es in der letzten Sitzung der Bürgerschaft vereinbart worden sei.

. appelliert im Namen des Ausschusses für Bildung, Universität und Wissenschaft, dass zum nächsten Doppelhaushalt die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Variantenuntersuchung des Alexander-von-Humboldt-Gymnasiums bekannt seien.

**Frau Demuth**

. informiert, dass im Briefwahllokal bereits ein Lageplan aushänge und dies auch in den anderen Wahllokalen erfolgen werde.

**Der Oberbürgermeister**

. sagt, dass er bezüglich des Variantenvergleiches die Aussage des Landkreises bereits mitgeteilt habe. Diese lautete, dass seitens des Landkreises vor 2020 dafür keine Mittel zur Verfügung ständen.

**Herr Kremer**

. informiert, dass inzwischen die Aufgabenstellung vorliege. In dieser oder der nächsten Woche erfolgten die Angebotsabfragen bei den Planungsbüros.  
. hofft, dass nach der Sommerpause die Variantenuntersuchung vorliegen werde.

**Der Oberbürgermeister**

. weist darauf hin, dass das Verfahren im Vertrag klar geregelt sei. Die Stadt müsse den Wunsch anmelden und dann habe der Landkreis fünf Jahre Zeit diesem Wunsch zu entsprechen.

**Frau von Busse**

. informiert ergänzend zur bereits genannten Ausschreibung der Kindertagesstätte, dass die Verwaltung beabsichtige in der Sommerpause einen Sonderhauptausschuss einzuberufen, um über die Vergabe zu entscheiden. Dies werde vermutlich Ende Juli erfolgen.

**TOP 8. Mitteilungen der Präsidentin**

**Frau Socher**

. informiert, dass am 08.05.2018 eine Kranzniederlegung zu Ehren der Befreiung vom Hitler-Faschismus stattfinden werde. Alle Mitglieder der Bürgerschaft seien dazu herzlich eingeladen, den Oberbürgermeister und sie zu begleiten.  
. erinnert an die Einladung zum Fahrradfest der Stadtwerke Greifswald GmbH.

**TOP 9. Schluss der Sitzung**

Der Oberbürgermeister beendet den öffentlichen Teil der Sitzung des Hauptausschusses um 19:15 Uhr.

für das Protokoll

**Dr. Stefan Fassbinder**  
**Oberbürgermeister**

**Sarah Wiesenberg**  
**Sachbearbeiterin**  
**Sitzungsdienst Hauptausschuss**